

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Julia Klöckner, Thomas Rachel, Andreas Storm, Annette Widmann-Mauz, Hubert Hüppe, Barbara Lanzinger, Andrea Voßhoff, Vera Dominke, Ingrid Fischbach, Markus Grübel, Helmut Heiderich, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Dr. Wolf Bauer, Monika Brüning, Verena Butalikakis, Dr. Hans Georg Faust, Michael Hennrich, Volker Kauder, Laurenz Meyer (Hamm), Maria Michalk, Hildegard Müller, Matthias Sehling, Jens Spahn, Matthäus Strebl, Gerald Weiß (Groß-Gerau), Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Förderung der Organspende**

Organtransplantationen haben sich in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren zu wichtigen Maßnahmen der medizinischen Behandlung entwickelt. Durch die Fortschritte im Bereich der Operationstechnik, der Immunsuppression und der Nachbehandlung ist es zu einer deutlichen Steigerung der Lebenserwartung und einer Verbesserung der Lebensqualität der Organempfänger nach Transplantationen gekommen. Am 25. Juni 1997 wurde das „Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen“ (Transplantationsgesetz – TPG) vom Deutschen Bundestag verabschiedet, und am 1. Dezember 1997 ist es in Kraft getreten.

Allerdings lässt sich feststellen, dass das Transplantationsgesetz zu keiner nennenswerten Steigerung der Organspenden geführt hat. Im Jahr 2003 haben bundesweit durchschnittlich 14 Personen pro eine Million Einwohner nach dem Tod ihre Organe zur Verfügung gestellt, während es in Belgien und Österreich, zwei Partnerländern der Stiftung Eurotransplant, hingegen 25 Organspender pro eine Million Einwohner sind. Zwar halten 82 Prozent der befragten Deutschen nach einer Forsa-Umfrage eine Organspende für sinnvoll, und 67 Prozent würden ihre Organe nach ihrem Tod spenden. Aber nur 12 Prozent der Deutschen verfügen über einen Organspendeausweis.

Innerhalb Deutschlands ist ferner die Organspendebereitschaft nach wie vor sehr unterschiedlich ausgeprägt: In Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg sind fast doppelt so viele Organspenden realisiert wie in Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen. Darüber hinaus engagieren sich nur etwa 50 Prozent der Krankenhäuser mit Intensivstationen durch Kontaktaufnahme mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation und Beratung einer möglichen Organspende für diese Aufgabe. Gegenwärtig warten in Deutschland insgesamt rund 14 000 schwer kranke Menschen dringend auf ein neues Organ. Im Jahr 2003 gab es jedoch nur 1 141 Organspender, und es konnten lediglich 3 482 Organe entnommen und 3 657 Transplantationen durchgeführt werden. Ein wichtiges Ziel des Transplantationsgesetzes, die Bereitschaft zur Organspende zu erhöhen, ist also gegenwärtig noch nicht erreicht.

Hinzu kommt, dass die Lebendorganspende innerhalb der vergangenen Jahre aufgrund des anhaltenden Mangels an postmortalen Spenderorganen zugenommen hat. In Deutschland entsprach im Jahr 2003 die Gesamtzahl der Lebendorgantransplantationen einem Anteil von 14 Prozent aller Transplantationen. Institutionell ist die Deutsche Stiftung Organtransplantation als bundesweite Koordinierungsstelle nach § 10 TPG nur für die postmortale Organspende beauftragt worden. Für die Lebendorganspende bestehen derzeit lediglich im Rahmen des Ausführungsgesetzes auf Landesebene Kommissionen, deren Aufgaben nach § 8 TPG unter anderem darin liegen, gutachtliche Stellungnahme zur Freiwilligkeit einer Lebendorganspende zu erstellen. Hierbei ist auch auf das Problem hinzuweisen, dass international, aber vor allem in Osteuropa, der illegale Organhandel und der „Organtourismus“ zunehmen.

Zum Ausgleich der großen Diskrepanz zwischen dem Bedarf und den verfügbaren Spenderorganen haben Mediziner und Forscher in den vergangenen Jahren stets nach neuen Lösungsansätzen gesucht, wie zum Beispiel Einsatz von künstlichen Organen, Übertragung eines tierischen Organs auf den Menschen oder Herstellung von Geweben und Organen aus Stammzellen. Allerdings fehlt es derzeit für diese therapeutischen Alternativen zur Humantransplantation an der nötigen Forschung.

Es ist ein alarmierender Zustand, dass durchschnittlich bereits 30 Prozent der Patienten auf den Wartelisten sterben, weil sie aufgrund des Mangels an Spenderorganen keine Transplantation bekommen können, durch die ihr Leben gerettet werden könnte.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bisher mit dem Transplantationsgesetz von 1997 gemacht?  
Gibt es Defizite im Transplantationsgesetz und Mängel beim Gesetzesvollzug?  
Welche Schlussfolgerungen gibt es für die Transplantationsmedizin?
2. Liegt es an den gesetzlichen Rahmenbedingungen, dass Deutschland im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern pro eine Million Einwohner insgesamt weniger Organspender hat?  
Wenn nein, welche anderen Ursachen hält die Bundesregierung für relevant?
3. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 1998 ergriffen, um die Organspendebereitschaft der Bevölkerung in nennenswerter Weise und die Anzahl der Ausweisinhaber quantitativ nachweisbar zu erhöhen?  
Welche Informationsveranstaltungen zur Aufklärung der Definition „Hirntod“, der Organspende und Organtransplantation sowie zur Werbung für die Organspendebereitschaft wurden seitdem im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt?
4. Wie viele Hirntote gibt es pro Jahr in Deutschland, und wie viele von ihnen sind als Organspender geeignet?  
Wie haben sich diese Zahlen seit 1998 entwickelt?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die psychische Verarbeitung einer Organspende aufseiten sowohl der Empfänger als auch der Angehörigen des Spenders?
6. Werden Spendewillige vor Unterzeichnung des Spenderausweises nach Erkenntnissen der Bundesregierung eingehend über die Problematik des dissoziierten Hirntodes informiert oder besteht hier Verbesserungsbedarf?

7. Welche Geldmittel hat die Bundesregierung seit 1998 jährlich für ihre Aufklärungsarbeit über Organspende und Organtransplantation sowie zur Erhöhung der Anzahl der Inhaber von Organspenderausweisen zur Verfügung gestellt?  
Wie wurden und werden die nachstehend genannten Gebiete – Bereitstellung von Basismedien, Infotelefon Organspende, Aktionen mit Kooperationspartnern – seitdem gefördert?
8. Wie erklärt die Bundesregierung die starke Kürzung der Geldmittel für die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) durchgeführte Kampagne „Organspende schenkt Leben“ in den vergangenen Jahren (von 3 883 647 DM im Jahr 1998 auf 936 625 Euro im Jahr 2002)?
9. Plant die Bundesregierung für die kommenden Jahre eine gesteigerte Bereitstellung von Geldmitteln und personellen Kapazitäten bei der BZgA für diese wichtige Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit?
10. Wie erfolgreich war das Modellprojekt „Streetwork Organspende“ von 1997 bis 2000?  
Ist ein weiteres ähnliches Projekt geplant, bei dem die Aufklärungsarbeit viele Bürger erreicht und ihre Bereitschaft zur Organspende fördert?
11. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um sicherzustellen, dass der Organspende in Zukunft mehr gesellschaftliche Anerkennung verliehen wird?  
Ist die Bundesregierung der Auffassung, die Organspendebereitschaft gegebenenfalls durch ideelle Anerkennung erhöhen zu können?  
Wenn ja, wodurch?
12. In welchem Umfang kommen die Krankenhäuser und Kliniken ihrer Meldepflicht nach dem Transplantationsgesetz, aufgeschlüsselt nach Bundesländern, nach?  
Wie bewertet die Bundesregierung etwaige Unterschiede zwischen den Ländern bei der Umsetzung des Bundesgesetzes „Transplantationsgesetz“?
13. Wurde die Umsetzung des Transplantationsgesetzes in den Bundesländern bereits in den Bund-Länder-Koordinierungsgremien, wie es in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, auf die Frage 10 des Abgeordneten Jens Spahn in der Fragestunde vom 14. Januar 2004 (Plenarprotokoll 15/85, S. 7465) von der Bundesregierung angekündigt wurde, thematisiert?  
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?  
Wenn nein, warum nicht?
14. Hält die Bundesregierung Sanktionen für notwendig, um die mit der Durchführungspraxis zum Transplantationsgesetz beauftragten Länder ggf. besser in die Pflicht nehmen zu können?  
Wenn ja, welche?  
Wenn nein, warum nicht?
15. Welche Einflussmöglichkeiten nutzt die Bundesregierung, um zum Beispiel über die Landesregierungen eine stärkere Beteiligung der Krankenhäuser und Ärzte zu bewirken?
16. Wie kann erreicht werden, dass die nach dem Transplantationsgesetz für die Aufklärung der Bevölkerung verantwortlichen Institutionen – Bundes-

länder, Krankenkassen, BZgA – die Aufklärung der Bevölkerung über die Organspende und die Organtransplantation intensivieren?

17. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die auf dem Gebiet der Organspende arbeitenden Selbsthilfegruppen in ihrer Tätigkeit bei der Aufklärung der Bevölkerung zu unterstützen?

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 1998 dafür ergriffen?

18. Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, Aufklärungsarbeit in Bezug auf Organspende und Organtransplantation in Zukunft auch verstärkt im Schulunterricht, zum Beispiel im Rahmen von Fächern wie Ethik, Religion, Philosophie und Biologie zu integrieren?

Wenn ja, welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Bundesländern beziehungsweise mit der Kultusministerkonferenz ergreifen?

19. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Transplantationschirurgen Christoph Broelsch, „DER SPIEGEL“ 50/2002, Seite 178 ff., nach Einführung von „Anreiz- und Bonusmodellen“ für die postmortale Organspende, wie zum Beispiel Steuergutschrift und Gewährung von Sterbegeld?

20. Wie beurteilt die Bundesregierung die technische und rechtliche Möglichkeit, die Zustimmung oder Ablehnung zur potentiellen Organspende in Zukunft auf der Krankenversicherungskarte zu registrieren?

21. Wie hoch ist seit 1998 die jährliche Ablehnungsrate der Familien im Falle des Todes eines Angehörigen, der über einen Organspenderausweis verfügte?

Welche Handlungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den Familienangehörigen etc. Ängste und Bedenken zu nehmen?

22. Was sind die Ursachen für nicht erfolgte Meldungen potentieller Organspender in Krankenhäusern mit Intensivstationen (vgl. Meldungen in der Süddeutschen Zeitung vom 20. Februar 2004)?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Verlust potentieller Organspenden durch organisatorische Fehler oder aufgrund des Mangels an Kapazitäten (z. B. Chirurgen und Krankenhausbetten) ein?

23. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Vorsitzenden der Ständigen Kommission Organtransplantation der Bundesärztekammer in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 20. Februar 2004, nach der in bestimmten Fällen der Ablehnung von Spenderorganen durch ein Krankenhaus der Verdacht nahe liege, dass hinter der Ablehnung krankenhauserne Auseinandersetzungen um Personal und Betten stünden, in denen die Transplantationsabteilungen den Verzicht auf Transplantationen als Druckmittel gegenüber der Klinikleitung einsetzten?

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, dass diese Vermutung zutrifft?

Wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diese Situation zu ändern?

24. Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Kliniken in diesem Zusammenhang besser überwacht werden müssen?

Wenn ja, welche Maßnahmen kann die Bundesregierung diesbezüglich ergreifen?

25. Wie hoch ist pro Jahr die durchschnittliche Zahl der in den Transplantationszentren durchgeführten Transplantationen?

26. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Deutschen Stiftung Organtransplantation, die Zahl der Transplantationszentren in Deutschland zu verringern und Transplantationen auf Krankenhäuser zu konzentrieren, die jährlich eine Mindestzahl an Transplantationen vornehmen?
27. Hält die Bundesregierung Sanktionen für sinnvoll, wenn Kliniken trotz Spendemöglichkeiten keine Explantationen vorgenommen haben?
28. Wie kann die so genannte Professionalisierung der Organspende in Deutschland erreicht werden?  
Können gezielte Krankenhauskampagnen und Schulungen des Krankenhauspersonals dazu beitragen, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung diese Maßnahmen fördern?
29. Welche Vergütungsmodelle können für den Mehraufwand bei der Organentnahme, auch erfolgloser Organentnahme, und Organtransplantation in Betracht gezogen werden, um die Motivation der mitwirkenden Krankenhäuser und Ärzte zu fördern?
30. Wie wird in der Praxis mit den Beschwerden und dem Widerspruch gegen die Entscheidung von Transplantationszentren über die Aufnahme eines potentiellen Organempfängers auf die Warteliste beziehungsweise die Herausnahme davon umgegangen?  
Besteht diesbezüglich Verbesserungsbedarf?
31. Welche Organe kommen nach Kenntnis der Bundesregierung überhaupt für eine Lebendspende in Betracht, und wie schätzt die Bundesregierung die gesundheitlichen Risiken und Belastungen der Spender dabei ein?
32. Wie kann erreicht werden, dass der Entscheidungsprozess der einzelnen Lebendspendekommissionen im Hinblick auf die zunehmende Anzahl der Lebendorganspender transparent und kontrollierbar bleibt?  
Ist es erstrebenswert, dass ablehnende Voten einer Kommission künftig verbindlich sein sollten?
33. Sollte der Kreis der Lebendorganspender aufgrund des akuten Mangels an postmortalen Organspenden über bisherige verwandtschaftliche und andere persönliche Bindungen zwischen Spender und Empfänger hinaus gesetzlich erweitert werden?  
Wie beurteilt die Bundesregierung die Zulassung uneingeschränkter Cross-over-Spenden und die Einführung der unentgeltlichen anonymen Lebendspende (pooling)?
34. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um die Lebendorganspender und Organempfänger auf die Organspende beziehungsweise Organtransplantation vorzubereiten und längerfristig psychisch und medizinisch zu betreuen?  
Besteht diesbezüglich Verbesserungsbedarf, und wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung?
35. Auf welche Summe belaufen sich die Kosten diverser Organtransplantationen und deren Nachbetreuung im Jahr 2003?  
Wie haben sich diese Kosten gegenüber den Vorjahren (seit 1998) entwickelt und warum?

36. Ist nach Meinung der Bundesregierung die Betreuung und Koordinierung der Lebendorganspende in Deutschland zu verbessern?

Wenn ja, durch welche Maßnahmen?

Hält die Bundesregierung Maßnahmen, wie zum Beispiel die Errichtung eines Lebendorganspender-Registers, die gesetzliche Klarstellung einer der Lebendorganspende vorausgehenden Erfassung des Empfängers auf der bundeseinheitlichen Warteliste für die postmortale Organspende sowie die Einrichtung einer bundeszentralen Koordinierungsstelle, für erstrebenswert?

37. Hält die Bundesregierung die geltenden versicherungsrechtlichen Regelungen zur Risikoabsicherung der Lebendspender für ausreichend oder besteht hier gesetzlicher Änderungsbedarf, zum Beispiel in Hinsicht auf die Kranken-, Lebens- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung oder durch einen Ausgleich von Einkommensausfällen?
38. Ist die Kostenerstattung für Patienten, die in Deutschland krankenversichert sind und im Ausland eine Organtransplantation durchführen lassen, rechtlich ausreichend geregelt oder besteht hier Änderungsbedarf?
39. Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl deutscher Staatsbürger, die sich im Ausland einer Lebendorganspende unterziehen?  
Welcher gesetzliche Regelungsbedarf beziehungsweise Veränderungsbedarf besteht diesbezüglich?
40. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl ausländischer Staatsbürger, die sich als Spender bzw. Empfänger in Deutschland einer Lebendorganspende unterziehen?
41. Wie ist in den vergangenen Jahren mit den Lebendorganspendern umgegangen worden, die im Ausland leben und ein Organ beziehungsweise Organteil einem Verwandten in Deutschland zur Verfügung gestellt haben?
42. Welche Maßnahmen wurden für diesen Spenderkreis in Bezug auf die Nachbetreuung ergriffen?  
Besteht hier Verbesserungsbedarf?
43. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über das Ausmaß des illegalen Organhandels in Deutschland?  
Hält es die Bundesregierung für zielführend, strafrechtlich gegen Ärzte vorzugehen, die Transplantationen von verkauften beziehungsweise gekauften Organteilen vorgenommen haben?
44. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der Xenotransplantation und künstlicher Organe?  
Sieht sie hierin eine zeitnah realisierbare Alternative zur Transplantation von Humanorganen?
45. Welche Geldmittel hat die Bundesregierung seit 1998 jährlich zur Förderung der Forschung im Bereich der Transplantationsmedizin zur Verfügung gestellt?  
Wie werden die nachstehend genannten Gebiete – Indikation und Epidemiologie, Aufnahmekriterien für Transplantationswartelisten, Alternativverfahren zur postmortalen Organspende (z. B. Xenotransplantation), Langzeitvorsorge und Immunabwehr – gefördert?

46. Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Transplantationszentren und der Stiftung Eurotransplant?

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Zusammenarbeit zu verbessern?

47. Beabsichtigt die Bundesregierung, Schritte zur Harmonisierung der Transplantationsmedizin auf EU-Ebene zu unternehmen, und wenn ja, welche?

Berlin, den 9. März 2004

**Julia Klöckner**  
**Thomas Rachel**  
**Andreas Storm**  
**Annette Widmann-Mauz**  
**Hubert Hüppe**  
**Barbara Lanzinger**  
**Andrea Astrid Voßhoff**  
**Vera Dominke**  
**Ingrid Fischbach**  
**Markus Grübel**  
**Helmut Heiderich**  
**Dr. Martin Mayer (Siegertbrunn)**  
**Dr. Wolf Bauer**  
**Monika Brüning**  
**Verena Butalikakis**  
**Dr. Hans Georg Faust**  
**Michael Hennrich**  
**Volker Kauder**  
**Laurenz Meyer (Hamm)**  
**Maria Michalk**  
**Hildegard Müller**  
**Matthias Sehling**  
**Jens Spahn**  
**Matthäus Strebl**  
**Gerald Weiß (Groß-Gerau)**  
**Wolfgang Zöllner**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

